

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung**
zur Vorberatung im **Ortsbeirat Derendingen**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: Einvernehmen der Gemeinde zum Antrag auf eine
widerrufliche Befreiung vom Gewässerrandstreifen am
Mühlbach
Bezug: 330/2014
Anlagen: 0 Lageplan Gewässerrandstreifen

Beschlussantrag:

1. Die Gemeinde erteilt das Einvernehmen zum Antrag auf eine widerrufliche Befreiung vom Gewässerrandstreifen am Mühlbach.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr.	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
Bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand/Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel:

Die Planungen zum Projekt „Ölmühle“ unterschreiten in Teilbereichen geringfügig den nach Wassergesetz Baden-Württemberg vorgegebenen 5m breiten Gewässerrandstreifen entlang des Mühlbaches. Durch das Erteilen einer widerruflichen Befreiung für eine Unterschreitung des Gewässerrandstreifens am Mühlbach kann das Plankonzept umgesetzt werden.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung/Sachstand

Das novellierte Wassergesetz Baden-Württemberg beinhaltet eine Neuregelung zur Breite von Gewässerrandstreifen im Innenbereich. Gemäß § 29 (1) Wassergesetz BW muss dieser ab Böschungsoberkante mind. 5 m breit sein. In diesem ist die Errichtung von baulichen Anlagen unzulässig. Bestehende bauliche Anlagen genießen Bestandsschutz. Eine Unterschreitung des Gewässerrandstreifens ist durch eine widerrufliche Befreiung möglich. Zur Umsetzung des Plankonzeptes Ölmühle (siehe hierzu auch 330/2014), das vor Inkrafttreten des Gesetzes erarbeitet wurde, wird diese für einzelne Flächen im Plangebiet notwendig. So unterschreiten der geplante Fuß- und Radweg sowie der zentrale Platzbereich geringfügig den 5 m breiten Gewässerrandstreifen (siehe Anlage 1).

Die Erstellung der Erschließungsflächen ist von besonderem öffentlichem Interesse um das Gewässer in dieser historisch gewerblich geprägten Umgebung erlebbar zu halten und ermöglicht somit eine Befreiung. Zudem sollen Flächen östlich des Mühlbaches, die bis vor kurzem noch mit Nebengebäuden der Ölmühle bebaut waren, zu Wege- und Platzflächen mit öffentlicher Zugänglichkeit umgestaltet werden. Die Flächen liegen in unmittelbarer Nähe zum kanalisierten Mühlbach, sind bereits befestigt und von den ehemaligen Erschließungsflächen der Ölmühle umgeben. Insofern handelt es sich um eine atypische Planungssituation, die eine Befreiung vom Gewässerrandstreifen rechtfertigt. Die Ölmühle, die bestehenden befestigten Flächen und der Kanal des Mühlbaches genießen Bestandsschutz und bedürfen keiner Befreiung. Eine Umnutzung und Sanierung dieser Anlagen ist zulässig und wird mit dem Vorhabenträger im Durchführungsvertrag vereinbart werden. Die Entscheidung über die Befreiung trifft die Gemeinde im Einvernehmen mit der Wasserbehörde. Das Landratsamt als zuständige Wasserbehörde hat sein Einvernehmen signalisiert.

2. Vorschlag der Verwaltung

Zur Umsetzung des Plankonzeptes befürwortet die Verwaltung die Erteilung einer widerruflichen Befreiung.

3. Lösungsvarianten

Sollte das Einvernehmen nicht erteilt werden, müsste das vorgesehene Bebauungskonzept für die Ölmühle grundsätzlich verändert werden.

4. Finanzielle Auswirkung

Keine

5. Anlagen

Lageplan Gewässerrandstreifen

